

froh, dass Sie immer wieder sagen, dass sich am jetzigen Haushaltsvolumen nichts ändern wird.

(Minister Armin Laschet: Doch, es ändert sich etwas!)

Die von mir vorhin in meiner Rede gestellte Frage, wie Sie die Absenkung von 8 % für die kirchlichen Träger finanzieren wollen und wie Sie es schaffen wollen, dass es nicht wieder die Eltern und die Familien sind, die diese Zeche zu bezahlen haben, haben Sie allerdings nicht beantwortet.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Asch, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Lindner. Wollen Sie sie zulassen?

Andrea Asch (GRÜNE): Ja.

Präsidentin Regina van Dinther: Dann gebe ich Ihnen das Wort, Herr Lindner. Bitte.

Christian Lindner (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Frau Asch. – Frau Asch, sind Sie bereit, Kinderfreundlichkeit nicht nur ausschließlich auf die Frage des Elternbeitrages zu beziehen, sondern unter dem Stichwort Kinderfreundlichkeit auch zu erkennen, dass die neue Koalition allein im vergangenen Haushaltsjahr 262 Millionen € mehr für Kinder und Jugendliche bereitgestellt hat als die Vorgängerregierung und dass dies sehr wohl ein Beitrag zu einem kinderfreundlichen Nordrhein-Westfalen ist?

(Beifall von FDP und CDU)

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Lindner, bei diesem Bereich können wir wieder gut über Realitätswahrnehmung sprechen. Ihre Milchmädchenrechnung geht ja nicht auf; das haben wir Ihnen schon oft nachgewiesen. Auch hier sind 84 Millionen € Elternbeitragsdefizitausgleich weg. Ferner streichen Sie in diesem Haushaltsjahr den Kommunen 20 Millionen € an Konsolidierungsbeitrag für die Kindergärten. Ihre Rechnung klappt also vorne und hinten nicht.

(Christian Lindner [FDP]: 300 Millionen € bei den Schulen!)

Ich bin mit Ihnen zusammen bereit, zuzugeben, dass Kinderfreundlichkeit sich nicht nur in Elternbeitragsfreiheit zeigt, sondern in einer auskömmlichen Infrastruktur. Genau dort streichen Sie. Beispiel sind auch die U3-Plätze. Ich sehe im Haushalt keinen einzigen solchen Platz mehr stehen.

Es ist exakt die gleiche Menge, die wir auch im letzten Haushalt hatten.

(Beifall von der SPD)

Kinderfreundlichkeit zeigt sich auch in Familienfreundlichkeit und darin, wie gut die Familienberatungsstellen ausgestattet sind. Auch dort gibt es Kürzungen und keinen Cent mehr.

Damit machen Sie ein ganz spezielles Fass auf, Herr Lindner. Es ist richtig, dass sich Kinderfreundlichkeit an verschiedenen Punkten zeigt – die Sie aber alle nicht auskömmlich finanzieren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Asch. – Meine Damen und Herren, wir kommen zum Schluss der Beratungen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen –

(Anhaltende Zurufe von Christian Lindner [FDP])

es sei denn, Herr Lindner möchte noch einmal sprechen.

(Christian Lindner [FDP]: Wenn Sie mir noch Rabatt geben! Ich habe keine Redezeit mehr!)

Meine Damen und Herren, dann verlegen wir die weiteren Beratungen in die Ausschüsse.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 14/2590 an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration – federführend –**, den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** sowie den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

5 Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2574

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und gebe zur Einbringung des Gesetzentwurfes Herrn Minister Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Verwaltungsreform hat für die Landesregierung zentrale Bedeutung. Wir wollen noch besser und effektiver werden. Wir müssen – ich sage das mit Blick auf die Rekordverschuldung des Landes, die beim vorigen Tagesordnungspunkt ja gerade noch einmal thematisiert wurde – effizienter und damit kostengünstiger werden.

Die Landesregierung hat, wie Sie wissen, eine Vielzahl von Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen beschlossen. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf ist aber der bisher größte Schritt. Wir werden die Anzahl der Behörden und Einrichtungen und damit der selbstständigen Organisationseinheiten um 37 reduzieren.

Lassen Sie mich kurz die Einzelheiten darstellen:

Die Umweltämter, die Ämter für Agrarordnung und die Ämter für Arbeitsschutz werden aufgelöst und in die fünf Bezirksregierungen integriert.

Die Bergämter werden ebenfalls aufgelöst und bei der Bezirksregierung Arnsberg konzentriert.

Aufgelöst wird auch das Landesinstitut für Schule. Seine Aufgaben werden künftig vom Ministerium für Schule und Weiterbildung, in Teilen aber auch von den Bezirksregierungen Arnsberg und Düsseldorf übernommen.

Schließlich gibt es Veränderungen bei den zentralen Umwelteinrichtungen des Landes. Das Landesumweltamt, die Landesanstalt für Bodenordnung, Ökologie und Forsten sowie das Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd werden aufgelöst.

Es wird eine Nachfolgeeinrichtung geben, nämlich die Landesanstalt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz, kurz LANUV genannt. Bei dieser neuen Landesanstalt werden alle Zuständigkeiten in Sachen Verbraucherschutz gebündelt. Es soll eine zentrale landesweite Wahrnehmung der Aufgaben des Verbraucherschutzes und eine einheitliche Ausübung von Aufsichtsbefugnissen geben. Der Gesetzentwurf schafft damit die Voraussetzungen für eine Task-Force zur Stärkung der Lebensmittelsicherheit.

Der Gesetzentwurf muss im Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag gesehen werden. Dort ist eine völlige Neuordnung der Verwaltung auf der Mittelebene vorgesehen. Bis 2012 sollen die fünf

Bezirksregierungen mit den beiden Landschaftsverbänden und dem Regionalverband Ruhr zu drei Regionalpräsidien für das Rheinland, für Westfalen und für das Ruhrgebiet verschmolzen werden. Diese drei Behörden sollen dann sämtliche staatlichen, aber auch sämtliche kommunalen Aufgaben auf der regionalen Ebene wahrnehmen.

Wer eine derartige Verwaltungskonzentration meistern will, muss erst einmal für Konzentration bei der staatlichen Verwaltung sorgen, und zwar sowohl für Konzentration bei den Aufgaben als auch für Konzentration bei der Organisation, also bei der Behördenstruktur.

Was die Konzentration bei den Aufgaben angeht, so ist nach den Sommerferien eine detaillierte Untersuchung aller Zuständigkeiten der in die Bezirksregierungen zu integrierenden Behörden, aber auch der Bezirksregierungen selbst angelaufen. „Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben“ lautet hier die Vorgabe. Durch Kommunalisierung, Privatisierung und, wo es möglich ist, Aufgabenwegfall werden wir weniger Staat schaffen. Ergebnisse werden im kommenden Jahr vorliegen.

Die umfassende Konzentration bei der Organisation bringt der vorliegende Gesetzentwurf. Er ist zwar als Schritt auf dem Weg zu den Regionalpräsidien anzusehen, aber auch für sich alleine gesehen sehr sinnvoll; denn er macht die Verwaltung sofort wirksamer und kostengünstiger. Davon profitieren die Bürgerinnen und Bürger, und zwar sowohl als Kunden der Verwaltung als auch als Steuerzahler.

Durch die Straffung der Struktur werden nicht nur Schnittstellen reduziert und Doppelarbeit vermieden. Die Behördenlandschaft wird auch für die Bürgerinnen und Bürger übersichtlicher und damit durchschaubarer. Wir werden das Prinzip realisieren, dass Betriebe künftig für einen Sachverhalt nur noch einen Ansprechpartner in einer Behörde haben. Auch bei interdisziplinären Vorgängen, gleich, ob es um wasser-, abfall-, emissionschutz- oder arbeitsschutzrechtliche Fragen geht, werden sich die Betriebe künftig nur noch an eine Stelle wenden müssen. Das fordert die Wirtschaft schon lange, und das lässt sich nicht verwirklichen, solange die Zuständigkeiten auf eine Vielzahl von kleinen Behörden verteilt sind.

Die Qualität der Arbeit wird verbessert, wenn komplexe Probleme nicht mehr von jeder kleinen Behörde für sich, sondern unter einem Dach bearbeitet werden. Größere Behörden können zur Lösung von spezielleren Fragen Spezialwissen vorhalten, das nicht in jeder kleinen Behörde vor-

handen sein kann. Schließlich wird es zu deutlichen Kosteneinsparungen kommen, denn fünf große Verwaltungseinheiten können wirtschaftlicher arbeiten als 37 kleine. 37 Einzelbehörden und Einrichtungen bedeuten eben auch 37 Leiterinnen und Leiter, 37 Querschnittsabteilungen und einiges mehr. Was wir hier und jetzt als Folge des Gesetzentwurfes auf das Unvermeidliche herunterfahren werden, ist die Verwaltung der Verwaltung.

Zum Schluss noch einen Punkt, der mir besonders wichtig ist. Wir stehen vor erheblichen Veränderungen. Auch das Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur ist nur ein Schritt, dem bald weitere Schritte folgen werden. Umso wichtiger ist es für die Betroffenen, also die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden und Einrichtungen, die aufgelöst werden, zu wissen: Alle Strukturmaßnahmen werden sozialverträglich durchgeführt. Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Niemand wird auf der Straße stehen. Niemand muss sich um seinen Arbeitsplatz Sorgen machen. Allerdings: Änderungen sind unvermeidlich.

Die Aufgabenüberprüfung wird durchgeführt – ich sagte es schon –, und nicht alle Aufgaben, die ab dem 1. Januar 2007 Aufgaben der Bezirksregierungen sind, werden dort bleiben, denn es wird das Prinzip gelten: Das Personal folgt den Aufgaben. – Das bedeutet, dass nicht alle Aufgaben und Arbeitsplätze dort bleiben werden, wo sie im Moment sind. Wir werden aber sozialverträglich vorgehen. Wenn also Umsetzungen notwendig werden, dann werden sie erst dann durchgeführt, wenn für die Betroffenen langfristig eine neue Beschäftigungsperspektive gewährleistet ist. Das wird sicherlich in einigen Fällen Flexibilität erfordern, aber der Arbeitsplatz ist nicht in Gefahr und die Beschäftigten wissen: Etwas verbessern bedeutet immer etwas verändern.

Ich bin sicher, dass wir am Ende des Gesamtprozesses das erreichen, was wir wollen: eine schnellere, schlankere und effizientere Verwaltung zum Nutzen der Menschen in unserem Land. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister Wolf. – Für die SPD spricht jetzt der Kollege Andreas Becker.

Andreas Becker (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Modernisierung und Reform der Verwaltungsstrukturen in Nordrhein-Westfalen ist eine immerwährende Aufgabe, der sich natürlich auch die Sozialdemokraten stellen.

Deshalb sind wir auch bereit, bei der Beantwortung dieser in der Tat grundlegenden Frage Verantwortung zu übernehmen.

Angesichts dessen sehen wir mit der Vorlage des Gesetzentwurfes der Landesregierung zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen ein weiteres Mal mit Bedauern, dass die Landesregierung offensichtlich von ihrer Ankündigung abgerückt ist, die Opposition in den Prozess der Verwaltungsmodernisierung einzubeziehen.

(Beifall von der SPD)

Denn es ist doch klar, dass Einbeziehen etwas anderes ist als das, was Sie uns hier anbieten.

Insofern werden wir uns vor diesem Hintergrund zwar kritisch und konstruktiv an der Diskussion beteiligen, legen aber Wert auf die Feststellung, dass die Landesregierung in der Frage der Verwaltungsstrukturreform zunächst in der alleinigen Verantwortung steht.

Meine Damen und Herren, Sie legen uns heute ein Gesetz vor, das schon deshalb auf unsere Ablehnung treffen muss, weil es Ergebnisse festschreibt, die erst am Ende eines Prozesses stehen können. Denn Verwaltungsstrukturreform ist kein Selbstzweck und erst recht kein Verschiebebahnhof von Kosten des Landes zulasten Dritter.

(Beifall von der SPD)

Anders gesagt: Sie tauschen erst Türschilder aus und fragen dann, ob es Sinn machen könnte. Sie denken die Sache nicht zu Ende. Sie lösen Behörden auf, packen diese in Bezirksregierungen, die sie wiederum auflösen wollen. Das kann nicht effektiv und schon gar nicht kostengünstig sein. Nein, meine Damen und Herren, Grundlage alle Entscheidungen über die zukünftige Verwaltungsstruktur unseres Landes muss eine ehrliche, ergebnisoffen durchgeführte Aufgabenkritik sein. Ich betone: ergebnisoffen.

Solche Entscheidungen dürfen nicht überlagert sein von ideologischen Vorgaben wie „Privat vor Staat“. Die Maßstäbe für Entscheidungen dürfen nach unserer Überzeugung allein Bürgernähe, Qualität und Effektivität sowie Wirtschaftlichkeit sein.

Ob und in welchem Rahmen diese Maßstäbe mit dem Gesetzentwurf eingehalten werden, kann noch gar nicht beurteilt werden. Ich erinnere an die schriftliche Beantwortung unserer Fragen durch die Landesregierung in Person des Innenministers zur Verwaltungsmodernisierung im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform Ende August.

Wenn wir die Landesregierung fragen, welche Aufgaben kommunalisiert und welche Aufgaben privatisiert werden sollten, dann antwortet diese, das werde zurzeit von Facharbeitsgruppen geklärt, und die Ergebnisse könnten nicht vorweggenommen werden.

Wenn wir die Landesregierung fragen, wie sichergestellt werden könne, dass nicht nur die defizitären Aufgabenbereiche an die Kommunen, die lukrativen aber an Private abgegeben werden, dann antwortet diese, das werde zurzeit von Facharbeitsgruppen geklärt, und die Ergebnisse könnten nicht vorweggenommen werden.

Wenn wir die Landesregierung fragen, welche Effekte der Verwaltungsvereinfachung und -effektivität sie sich von der Auflösung der Sonderbehörden verspricht, dann antwortet diese, das werde zurzeit von Facharbeitsgruppen geklärt, und die Ergebnisse könnten nicht vorweggenommen werden.

Und wenn wir die Landesregierung fragen, wie sie sich bei der Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen zur konsequenten Anwendung des Konnexitätsprinzips und der Kostenfolgeabschätzung stellt, dann antwortet diese – Sie dürfen raten –, das werde zurzeit von Facharbeitsgruppen geklärt, und die Ergebnisse könnten nicht vorweggenommen werden.

Nein, meine Damen und Herren, diese und andere Fragen, auf die wir nicht wirklich eine Antwort bekommen haben, müssen doch beantwortet werden, bevor so weitreichende Entscheidungen getroffen werden, wie sie der Gesetzentwurf vorsieht.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, Sie machen den zweiten Schritt vor dem ersten, und wer den zweiten Schritt vor dem ersten macht, der wird stolpern.

(Beifall von der SPD)

Das ist im vorliegenden Fall nicht im Interesse des Landes, und deshalb sind wir dagegen.

Meine Damen und Herren, ich möchte gerne einen zweiten Aspekt einbringen und dabei vorab einräumen, dass das Ziel höherer Effektivität und Wirtschaftlichkeit grundsätzlich für eine Eingliederung der Sonderbehörden in die staatlichen Mittelbehörden spricht. Sie bietet die Chance für eine Modernisierung der Mittelebene und die verwaltungsinterne Bündelung der Aufgaben.

(Beifall von der FDP – Holger Ellerbrock [FDP]: Sehr gut!)

– Ja, sehr gut, das finde ich auch. – Entscheidend hierbei ist aber, wie die Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden. Für uns Sozialdemokraten ist dabei unverzichtbar, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Beginn an beteiligt und auf dem Weg zu einer leistungsfähigen und wirtschaftlichen Verwaltung mitgenommen werden.

(Beifall von der SPD)

Genau das macht die Landesregierung nicht. Statt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitzunehmen, reden Sie von Fröschen, die man nicht fragen dürfe, wenn man den Teich trockenlegen wolle. Statt sie mitzunehmen, verunsichern Sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Plänen zur Errichtung eines sogenannten Personaleinsatzmanagements und zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes. Auch das sind falsche Schritte auf dem Weg zur Verwaltungsstrukturreform, die wir Sozialdemokraten nicht mitgehen werden.

Die SPD ist für eine Verwaltungsstrukturreform, wenn sie auf der Grundlage einer ideologiefreien, ehrlichen und ergebnisoffenen Aufgabenkritik erfolgt, wenn sie bürgernah ist und wenn sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Weg mitnimmt. Alle drei Voraussetzungen sehen wir im vorliegenden Gesetzentwurf bei weitem noch nicht gegeben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Becker. – Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Kruse.

Theo Kruse (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt den eingebrachten Gesetzentwurf der Landesregierung zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen. Wir wissen – Herr Kollege Jäger, da sind wir uns einig –, dass sich die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts mit einer Geschwindigkeit verändert, die in der Geschichte der Menschheit beispiellos ist.

Wenn wir unsere junge Demokratie, wenn wir sowohl unseren freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat als auch den Primat der Politik bewahren wollen – ich bin überzeugt, dass sich in dieser Absicht alle Fraktionen einig sind –, ist das nur mit einem schlanken und starken Staat zu schaffen, der sich aus Wirtschaft und Gesellschaft weitgehend zurückzieht, sich auf Zukunfts- und Kernauf-

gaben konzentriert, den Rahmen setzt und sich auf das Wesentliche beschränkt. Das ist die Agenda für fortschrittliches Regieren im 21. Jahrhundert.

(Beifall von CDU und FDP)

Die neue Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen stellen sich dieser Herausforderung. Der durch den Koalitionsvertrag erteilte Auftrag wird durch den vorliegenden Gesetzentwurf auf den parlamentarischen Weg gebracht.

Im Übrigen, Herr Kollege Becker, waren auch frühere Landesregierungen der Auffassung, dass wir Strukturveränderungen und zum Beispiel auch Aufgabenabbau benötigen. So sind in den letzten 25 Jahren – man höre und staune – ca. 80 Gutachten für das Land und im Auftrag des Landes erstellt worden, die im Archiv des Landtags eingesehen werden können.

In Erinnerung rufen darf ich auch, dass die rot-grüne Landesregierung – Herr Kollege Becker, Sie waren damals noch nicht dabei – im Jahre 1995 nach der gewonnenen Landtagswahl einen Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform eingerichtet hat, weil die rot-grüne Koalition damals der Auffassung war, dass Handlungsbedarf in Richtung Bürokratieabbau und Verschlankung des Staates bestehe. Allerdings ist der Ausschuss – aus welchen Gründen auch immer – im Jahre 2000 durch Rot-Grün abgeschafft, ja platt gemacht worden, weil die rot-grüne Landesregierung ihre Aufgabe mit dem zweiten Modernisierungsgesetz von 1999 für beendet erklärt hat. Der damalige Staatssekretär Krings hat hier im Plenum verdeutlicht: Für uns ist der Prozess der Verwaltungsmodernisierung zu Ende; wir betrachten ihn als abgeschlossen.

Dann ging es aber im Jahr 2003 mit dem berühmten „Düsseldorfer Signal“ weiter. Seinerzeit hat der damalige Ministerpräsident Steinbrück mit dem „Düsseldorfer Signal“ verdeutlicht – wie ist das gefeiert worden, viele mögen sich erinnern –, dass genau in diesem Themenfeld Reformbedarf bestehe, 15 bis 20 % des Verwaltungspersonals abgebaut und die Sonderbehörden eingegliedert beziehungsweise kommunalisiert gehörten. So die rot-grüne Erklärung aus dem Jahr 2003.

Herr Kollege Becker, Sie haben sich nicht grundsätzlich verweigert, sondern Ihre Bereitschaft erklärt, bestimmte Maßnahmen mitzumachen. Die Einsicht in die Notwendigkeit von grundlegenden Reformen war auch bei früheren Regierungen vorhanden. Gleichwohl blieb diese Einsicht folgenlos. Ihnen fehlten die Durchsetzungskraft und der klare politische Wille. Verehrte Kolleginnen

und Kollegen von Rot-Grün, das ist der Unterschied zur heutigen Landesregierung.

Die Verwaltungsstrukturreform und somit die Straffung der Behörden – Herr Minister Wolf hat es dargelegt – wird voraussichtlich viele Jahre dauern. Dieses Vorhaben gehört ohne Zweifel zu den schwierigsten Reformfeldern der neuen Landesregierung. Auch vor dem Hintergrund der dramatischen Finanzsituation, die unser Fraktionsvorsitzender Helmut Stahl heute Morgen dargestellt hat, gibt es zu dieser notwendigen Strukturreform keine ernsthafte Alternative.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein Baustein, ein erster Schritt, der die Auflösung von Sonderbehörden regelt. Da wahrscheinlich niemand hier im Hause einen exakten Überblick über die präzise Zahl der staatlichen Behörden und Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen hat, bitte ich Herrn Minister Wolf, die Landesregierung, als Anlage zum Landesorganisationsgesetz ein Inventar aller Behörden, Einrichtungen und sonstigen staatlichen Stellen im weitesten Sinne anzulegen, damit wirklich alle sehen, wie überbürokratisiert unser Land ist.

Ich möchte einen weiteren sehr ernsten Aspekt ansprechen, den auch Herr Minister Wolf verdeutlicht hat: Die Veränderungen werden natürlich bei einer Vielzahl von Bediensteten – nicht nur bei Personalräten oder Personalvertretungen – eine außerordentlich starke persönliche und emotionale Betroffenheit auslösen, die wir nicht unterschätzen. Die Menschen in diesem notwendigen Prozess mitzunehmen, ist leichter gesagt, als in der Praxis umgesetzt.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Deshalb versuchen Sie es erst gar nicht!)

Die CDU-Landtagsfraktion geht davon aus, dass die Landesregierung bei allen personalwirtschaftlichen Folgen strikt auf Freiwilligkeit und Eignung, auf Leistung und Befähigung als vorrangige Prinzipien setzt. Alles andere wäre mit den Grundsätzen der Binnenmodernisierung nicht vereinbar. Herr Wolf hat ausdrücklich auf die sozialverträgliche Vorgehensweise hingewiesen und auch darauf, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sind.

Die CDU-Fraktion wehrt sich allerdings auch gegen den Vorwurf, dass es bei einer möglichen Kommunalisierung von Aufgaben zu einem Verlust von Arbeitsgüte kommen würde. Wir glauben, dass die Beschäftigten bei den Gemeinden, bei unseren Städten und Kreisen, genauso sachkundig, fleißig und zuverlässig sind wie die Bediensteten in den staatlichen Behörden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle wissen, dass zur Sicherung der Zukunft unseres Landes der Kurs der Haushaltskonsolidierung alternativlos ist, um die finanzielle Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit zurückzugewinnen. Insofern haben sich natürlich die Anforderungen und Erwartungen an die Verwaltungen auf allen Ebenen unseres Landes grundlegend und auch dramatisch verändert. Deswegen fordert die CDU-Fraktion ausdrücklich und nachdrücklich, die Koalitionsvereinbarung strikt umzusetzen.

Wie bereits angeführt, wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der erste Schritt eingeleitet, von dem auch – aus unserer Sicht nicht zuletzt – die Unternehmen in unserem Lande profitieren werden. In den nächsten Jahren muss – wie angekündigt – der zweite Schritt folgen.

Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bitte ich darum, da Sie in der Vergangenheit durchaus Reform- und Handlungsbedarf signalisiert haben, nicht gegen Strukturreformen vom Grundsatz her zu sein, sondern diesen Prozess durchaus kritisch, aber in der Tendenz dann doch positiv zu begleiten. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kruse. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun der Kollege Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Gesetzentwurf folgen Sie eigentlich weiter Ihrem Regierungsmotto „Ideologie schafft Fakten“.

(Beifall von der SPD)

Sie lösen zwar Sonderbehörden auf, blähen aber die Bezirksregierungen auf. Und: Sie zerschlagen insbesondere die Umweltverwaltung. Sie zeigen jedoch nicht auf, meine Damen und Herren, wie Sie eine sachgerechte Bewältigung der Aufgaben im Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitsschutz sicherstellen wollen.

In Teil A der Begründung zum Gesetzentwurf wird ausgeführt, dass es bei diesem Gesetz – und man gehöre genau zu – nur um die Vorarbeiten dafür geht, die Aufgaben der Sonderbehörden zu kommunalisieren, zu privatisieren oder ganz wegfallen zu lassen. Näheres könne man dazu im Laufe des Jahres einem Konzept entnehmen, das noch erarbeitet werde. Ein Verfahren, das auch an anderer Stelle bei Ihnen in Mode gekommen ist: Vorpreschen und dann durchmogeln.

Meine Damen und Herren, das bedeutet im Klartext: 4.000 Beschäftigte bekommen heute, am 27. September 2006, gesagt, dass ihre Einrichtung aufgelöst wird. Alles, was sie sonst noch erfahren, ist, dass ihr Arbeitsplatz räumlich zunächst über den 1. Januar 2007 hinaus dort liegt, wo er bisher gewesen ist; fachlich bzw. sachlich wird er aber der Bezirksregierung zugeordnet. Was weiter wird, weiß niemand.

Dieses Vorgehen ist sachfremd, weltfremd und unmenschlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie untergraben jede Motivation; Sie höhlen eine fach- und sachgerechte und kompetente Aufgabenerfüllung durch die Verwaltung des Landes aus, weil das Land als Dienstherr eben nicht sicherstellt, dass die Landesbediensteten ihre Arbeit in Zukunft auch so engagiert, effektiv und motiviert tun können wie bisher.

Stattdessen motivieren Sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht, sondern lassen sie in der Unsicherheit, was mit ihnen und ihren Familien passiert. Sie sagen ihnen zum Beispiel nicht, ob sie auf Dauer in die PEM, die Personalentwicklungsgesellschaft, überführt werden oder nicht. Das sagen Sie alles nicht, sondern Sie lassen die Leute bewusst im Unklaren.

Ein Musterbeispiel an Bürokratieabbau nach gelb-schwarzer Logik war auch der Referentenentwurf: undurchdacht und ein reiner Verschiebebahnhof mit der Vorgabe, dass alle Vollzugsaufgaben der Sonderbehörden im ersten Schritt auf die Bezirksregierung zu übertragen sind, um später kommunalisiert oder privatisiert zu werden. Erst die Gammelfleischdebatte, Herr Kruse, hat Sie davon ein Stück weit abgebracht.

Wenn Sie so tun, als ob wir daran Zweifel hätten, dass ein Kommunalbediensteter prinzipiell die gleiche Sachkompetenz und Sorgfalt habe wie eine staatliche Behörde, dann gehen Sie schlicht an dem Problem vorbei. Das ist nicht das Problem, sondern das Problem ist schlicht und einfach, dass diejenigen, die unter dem Druck einer Firma stehen, beispielsweise diejenigen, die in Leverkusen unter den Ansprüchen von Bayer eine Genehmigung zu erteilen haben, nach Ihrem Modell doch unter einem enormen Druck stehen, der ihnen eine Freiheit in der Entscheidung ein Stück weit nimmt. Das ist das Problem, nicht die Kompetenz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich muss Ihnen zunehmend unterstellen, dass Sie genau das wollen. Wenn Sie das nämlich kom-

munalisieren, wollen Sie in bestimmten Bereichen keine wirksame staatliche Kontrolle mehr.

Meine Damen und Herren, wer die Gammelfleischdebatte gesehen hat, erkennt, dass Sie in letzter Minute wenigstens in einem Bereich davon abrücken. Sie ordnen nämlich der Landesanstalt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz jetzt hoheitliche Aufgaben neu zu, die in dem Referentenbereich dort nicht waren, denn da war ausdrücklich nur die wissenschaftliche Begleitung im Aufgabenspektrum für diese Aufgabe zugeordnet. Das heißt, Sie haben dies an einem Punkt wegen einer hoch brisanten öffentlichen Debattenlage im Moment entschärft, aber Sie sind nicht von Ihrer ideologischen Vorgabe abgerückt.

Sie werden an dieser Stelle nacharbeiten müssen, zum Beispiel bei den Formulierungen zur Übertragung von Zuständigkeiten und Kompetenzen in den anderen Artikeln. Diese sind bis heute in der Begründung überhaupt nicht angepasst worden.

Für Überraschung sorgt auch ein weiterer Punkt: Anders als im Referentenentwurf soll die Zuständigkeit für die Tierseuchenkasse zur Landwirtschaftskammer verlagert werden. Abweichend zum ursprünglichen Referentenentwurf wird das wichtige Instrument zur Tierseuchenbekämpfung, nämlich die Tierseuchenkasse mit über 20 Millionen € im Jahr, die sie verwaltet, vom Land weg in die Hände der Landwirtschaftslobby gelegt. Damit wird die Landwirtschaftskammer nun auch für die präventiven Maßnahmen zur Tierseuchenbekämpfung und die Datensammlung zum Tierbestand zuständig sein.

Der Gesetzentwurf sieht dabei vor, dass der Beirat in seiner Rechtsstellung gestärkt wird und im Wesentlichen von den Landwirtschaftsverbänden gebildet wird. Das zuständige Ministerium wird nur noch mit beratender Stimme hinzugezogen. Die Öffentlichkeit, das Verbraucherinteresse, wird nicht einbezogen. Und das, obwohl die Tierseuchenkasse mit 50 % durch öffentliches Geld bestückt wird.

Aber auch die Auflösung des Landesinstituts für Schule halten wir für einen Fehler. Lehrerinnen und Lehrern wird damit eine wichtige Unterstützungs- und Fortbildungsmöglichkeit entzogen. Einige Aufgaben werden zwar der Bezirksregierung Arnsberg und der Bezirksregierung Düsseldorf zugeordnet; das Förderzentrum für die integrative Beschulung blinder und hochgradig sehbehinderter Schülerinnen und Schüler und die Landesstelle für den Schulsport. Alles andere geht an das Schulministerium.

In der Begründung wird darauf verwiesen, dass sich nach der endgültigen Abwicklung des Landesinstituts ein Teil der Beschäftigten im angestrebten zentralen Management wiederfinden wird. Genau das, was ich vorhin an anderer Stelle bereits ausgeführt hatte, gilt auch hier: Sie demotivieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und Sie schicken sie in eine unklare Zukunft.

Meine Damen und Herren, ich halte das Vorgehen der Landesregierung für politisches Abenteuer-tum, schädlich für die Landesinteressen und für einen massiven Angriff auf die Beschäftigten des Landes. Dieses beispiellose Vorgehen wird insgesamt zu Motivationsverlust und Resignation bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führen. Sie sind an dieser Stelle nicht die Beförderer einer effizienten, leistungsfähigen Verwaltung, sondern Sie sind diejenigen, die schlicht und einfach Landesaufgaben ein Stück weit ineffizient organisieren und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter demotivieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Becker. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Kollege Engel.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch nach dem Debattenbeitrag von Herrn Becker freue ich mich trotzdem, mit Ihnen heute über einen Gesetzentwurf debattieren zu können, der wirklich zu einem Meilenstein im laufenden Verwaltungsstrukturprozess werden wird.

Mit der Eingliederung von 34 Sonderbehörden in die allgemeine Verwaltung zum 1. Januar 2007 unterstreichen wir, welche hohe Priorität diese Initiative hat. Wir nehmen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht nur zusätzliches Tempo in der Reformdynamik auf; wir wollen die Konzentration auf den Kernbereich des Staates. Das ist auch bitter nötig, denn der Staat hat sich beinahe in jede Lebensritze hineingedrängt.

Kreativität, Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortung und der Wille, sich einzubringen,

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist doch liberales Gesabber! – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

werden durch staatliche Korsettstangen, Herr Remmel, gehindert. Ja, es wird die Luft zum Atmen genommen, Herr Becker.

Der Standort Nordrhein-Westfalen leidet – und das seit Jahren. Wir schaffen mit dem vorliegen-

den Gesetzentwurf den Einstieg in eine modern aufgestellte Verwaltung, bei der es zu einem Dienstleistungsangebot aus einer Hand kommen wird. Das heißt – und das ist das Hauptziel, weil Verwaltungsstrukturreform kein Selbstzweck sein kann –, dass zum Beispiel Genehmigungszeiten erheblich verkürzt werden. Wir wollen Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb der 16 Bundesländer untereinander zu dem Bundesland mit den kürzesten Genehmigungszeiten machen. Wir wollen, dass der Standort NRW für nationales und internationales Kapital und Investoren interessant wird, um nachhaltig über Wachstum zu Beschäftigung zu kommen, damit auch das Heer der Arbeitslosen deutlich verringert werden kann.

Herr Kollege Becker, das ist auch die Antwort auf die vielen Fragen, die Sie hier eben gestellt haben. Das geschieht jetzt, es ist der Einstieg. Wir rücken von der „Allverantwortlichkeit“ und „Allzuständigkeit“ ab und beschränken uns auf Kernaufgaben.

(Beifall von der FDP)

Damit stärken wir den Staat und entlasten öffentliche Haushalte. Außerdem entfachen wir eine Sogwirkung auf Kapital für Investitionen, das erforderlich ist, um die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden. Ja, wohl wahr, jeder wird es merken – das ist wiederholt hier gesagt worden –: Es ist auch schmerzhaft. Der größte Ausgabenblock ist der Personalhaushalt. In diesem Jahr werden wir 18,85 Milliarden €, im kommenden Jahr voraussichtlich 19,1 Milliarden € für unser Landespersonal ausgeben müssen.

Anders ausgedrückt: Im Jahr 2006 haben wir eine Personalausgabenquote in Höhe von 38,9 % und im kommenden Jahr voraussichtlich eine Personalausgabenquote in Höhe von 38,6 %. Das heißt, wir verringern konstant die Personalsteuerquote in Höhe von 53,5 % in diesem Jahr auf 51,1 % im kommenden Jahr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben – das wurde hier von der Opposition gesagt – mit dem ersten und mit dem zweiten Modernisierungsgesetz begonnen. Das ist zu loben, durchaus. Wir haben aber auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass das nicht ausreichend war. Im Jahr 2005 lag die Personalsteuerquote bei fast 60 %. Deshalb ist unser Weg ohne Alternative.

Aber auch das muss gesagt werden, auch wenn alle anderen Redner das vor mir angesprochen haben. Ich möchte ausdrücklich an dieser Stelle betonen, dass wir uns im Zuge der Verwaltungsstrukturreform dafür ausgesprochen haben, keine betriebsbedingten Kündigungen vorzunehmen.

Wir wollen unter sozialen Gesichtspunkten die Bediensteten in die neue Behördenstruktur mitnehmen und den Prozess aktiv begleiten. Ich unterstreiche: aktiv begleiten.

Dass das hier und da wegen des Tempos möglicherweise noch nicht so rübergekommen ist, wie es sein sollte, räume ich ein. Aber wir arbeiten daran. Der Innenminister hat das eben noch einmal deutlich herausgestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem vorliegenden Ausführungsgesetz zur Eingliederung der Sonderbehörden, der Auflösung des Landesinstituts für Schule und der Überführung von Aufgabenbereichen in die Landesanstalt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz kommen wir zügig voran. Wir bringen 34 Sonderbehörden unter das Dach der Bezirksregierung.

Mit diesen großen Zwischenschritten kommen wir unserem Ziel der Neuordnung der Mittelinstanz in der kommenden Legislaturperiode ein großes Stück näher. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Engel. – Für die Landesregierung spricht jetzt noch einmal Herr Minister Wolf.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich mit den Kassandrarufern der kleineren Oppositionspartei gar nicht groß beschäftigen. Bei dem Kollegen Uhlenberg ist die Umweltverwaltung in allerbesten Händen. Ich kann nur sagen, dass wir zu jeder Zeit für Umweltpolitik gestanden haben. Wir haben lediglich gesagt, dass wir uns auf eine 1:1-Umsetzung beschränken wollen. Wir wollen das tun, was auch unsere anderen Kolleginnen und Kollegen in den Landesparlamenten in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Niedersachsen machen. Das ist Umweltpolitik, richtig verstanden. Noch einmal ganz klar gesagt: Ich habe volles Vertrauen in das, was Herr Uhlenberg in seiner Verwaltung umsetzt.

Herr Becker, ich möchte mich sehr herzlich dafür bedanken, dass Sie das Thema sehr sorgfältig analysiert haben.

Ich glaube nicht, dass – das klang in anderen Bereichen an – wir in irgendeiner Weise ideologische Politik machen. Wir haben hier zehn Jahre lang ideologiegeprägte Stillstandspolitik durch Rot-Grün erlebt.

(Beifall von der FDP)

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie bei vielen Überlegungen in Ihrem Bestreben gebremst worden sind - Herr Körfges schmunzelt schon -, das eine oder andere umsetzen, was wir jetzt machen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Ich glaube, er schmunzelt aus einem anderen Grund!)

Wir hatten das „Düsseldorfer Signal“, lieber Herr Kruse, nicht nur in einer Version, sondern in zwei Versionen. In der ersten Version war vieles von dem, was wir jetzt umsetzen, enthalten, Herr Körfges. Das heißt, wir sollten nicht so tun, als ob das etwas ganz Neues wäre. Neu ist allerdings, Herr Becker, dass wir es umsetzen, und zwar anders umsetzen als bisher: Wir entfachen nämlich nicht erst eine jahrelange Debatte, um dann irgendwann festzustellen, dass alles schwierig ist und es liegen zu lassen. Wir hingegen packen es an, und zwar schleunig und zügig.

Wir kombinieren unter Einbezug dessen, was Sie gesagt haben, Herr Becker, dass es nämlich verschiedene Stationen gibt. Es gibt äußere Modernisierungs- und Strukturveränderungen, Binnenmodernisierungen, Bürokratieabbau sowie Aufgaben- und Funktionszuordnungen zwischen den Ebenen. Dass es all das gibt und dass es eine Grundvoraussetzung ist, wissen wir. Wir kombinieren aber mehrere Schnitte miteinander. Das heißt, wir setzen die Änderungen in der äußeren Struktur der Behördenlandschaft um und verbinden diese mit einer Aufgaben- und Funktionszuordnung.

Sie alle wissen – Herr Körfges, mit Ihnen hatte ich auch schon das eine oder andere Mal das Vergnügen der Diskussion –, dass wir das in der Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip kennen und mit den Kommunen und den Spitzenverbänden darüber reden, unter welchen Umständen welche Aufgabe übergeht. Insofern ist es ein ausgesprochen transparentes und faires Verfahren. Und auch die Tatsache, dass in den Arbeitsgruppen die Personalvertretungen und auch die Fachschiene bei den bisherigen Reformschritten eingebunden waren, macht deutlich, dass wir ein ausgesprochen dialogisches Verfahren pflegen, das alle möglichen Entlassungs- und Bedrohungsszenarien in die „Wunderwelt“ vertreibt.

Wir finden doch draußen in der freien Wirtschaft ganz andere Situationen vor. Von diesen sind wir weit entfernt. Wir reden über den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen. Wir sprechen davon, dass die Maßnahmen sozialverträglich umgesetzt werden sollen und dass wir für die Menschen, die an irgendeiner Stelle eine Be-

schäftigung jetzt nicht mehr haben können – das hat uns der Landesrechnungshof knallhart ins Stammbuch geschrieben –, auf Dauer neue Beschäftigungsperspektiven entwickeln wollen. Das kann man aus meiner Sicht nicht besser gestalten. Außerdem handelt es sich eben nicht nur ein reines Umetikettieren. Es ist vielmehr ein tatsächliches Neuaufstellen der Verwaltung in diesen Bereichen. Deswegen würde ich mich sehr freuen, wenn Sie an der Stelle den Weg etwas engagierter mitgehen könnten.

Dass wir bei der großen Frage der drei Regionalverwaltungen mit der SPD sprechen werden, haben wir sehr deutlich gesagt. Ich glaube, an der Stelle werden wir uns dann auch darüber unterhalten, wie wir im Weiteren voranschreiten können. Was wir jetzt tun, sind Vorarbeiten, die – ich darf es noch einmal sagen – von der SPD in vielen Bereichen so gewollt waren, aber aufgrund des Widerstandes des Koalitionspartners nicht umgesetzt werden konnten.

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich räume ein – und das räume ich auch sehr selbstbewusst für die SPD-Landtagsfraktion ein –, dass wir uns in der Vergangenheit mit dem Thema Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform auseinandergesetzt haben. Wir haben auch einige Grundsätze erarbeitet. Allerdings gibt es doch ein paar Unterschiede. Einer der wesentlichen Unterschiede besteht darin, dass wir zuerst überlegt und erst anschließend gehandelt haben. Ich habe den Eindruck, bei Ihnen läuft das genau umgekehrt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Im heute eingebrachten Gesetzentwurf ist an mehreren Stellen von Schrittfolgen die Rede. Meine Damen und Herren, insoweit trifft uns Ihr Lob – um mit Herbert Wehner zu sprechen – in keiner Weise. Der Kollege Becker hat sicherlich schon intensiv ausgeführt, was wir von diesen Schrittfolgen halten und was uns an Ihrem Vorgehen stört.

Sie machen den zweiten Schritt vor dem ersten. Sie bringen die mittlere Verwaltungsebene aus dem Gleichgewicht und werden unserer Einschätzung nach – ohne dass ich hier als Kassandra rufer auftreten möchte – bei der gesamten Veranstaltung womöglich auf der Nase landen.

Hinsichtlich Ihrer Regierungskoalition hält sich mein Mitleid für dieses unfallträchtige Verhalten sicherlich in erkennbaren Grenzen. Es fragt sich allerdings, ob das Land eine solche experimentelle Politik mit hohem Risikofaktor verträgt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Denn der Weg ist hier nicht das Ziel. Wenn Sie bestehende Strukturen infrage stellen, müssen Sie – das ist nicht nur das gute Recht, sondern die Pflicht auch von Parlamentariern – sehr deutlich sagen, zu welchen Ergebnissen Sie kommen wollen. Sie müssen sagen, wie Sie sich die Arbeitsschutz- und Umweltverwaltung vorstellen, aber dürfen nicht einfach die Türschilder nehmen und von A nach B transportieren und dann da wieder anschrauben, meine Damen und Herren.

Strukturen müssen – da bin ich ganz nah bei dem, was alle Vorredner gesagt haben – in einer sich ändernden Welt regelmäßig infrage gestellt werden. Da ist sicherlich auch die Verwaltung dem Wandel unterworfen, aber strukturelle Fehlentscheidungen sind in diesem Bereich eben nicht so einfach zu korrigieren.

Die Eingliederung von Sonderbehörden ist immer wieder Thema und war auch Thema in der Vorgängerkoalition. Das ist dann sinnvoll, wenn es unter dem Aspekt der höheren Effektivität und Wirtschaftlichkeit und auch unter der Frage, welche Aufgaben der Staat erfüllen und welche Qualität diese Aufgabenerfüllung haben muss, geprüft wird. Genau diese Prüfung findet bei Ihnen erst statt, nachdem Sie grundlegende Entscheidungen getroffen haben.

Das kann doch nicht sinnvoll sein. Es entspricht doch eher chaos-theoretischen Ansätzen, wenn man ganz viele Sonderbehörden auf die Bezirksregierungen verlagert und erst anschließend die Bezirksregierungen erstens in ihrer Anzahl und zweitens in ihrer Funktionsweise infrage stellt. Dann kommen Sie zu dieser sonderbaren Veranstaltung der Regionalpräsidien. Diese Regionalpräsidien – da können wir Ihnen nicht folgen, und das steht auch nicht im „Düsseldorfer Signal“; so etwas hätten wir niemals vorgehabt – bergen hohe Risiken.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege Körfges, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock?

Hans-Willi Körfges (SPD): Ja, natürlich.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Körfges, könnten Sie sich vorstellen, dass diese Landesregierung fähig war,

(Ralf Jäger [SPD]: Nein!)

die inzwischen vorliegenden Gutachten auszuwerten und entsprechende Schlüsse zu ziehen und statt zu reden, nunmehr zu handeln?

Hans-Willi Körfges (SPD): Meine Damen und Herren, ich halte diese Landesregierung für zu vielem fähig. Auf der anderen Seite kann ich mir nicht vorstellen, dass sie die vorliegenden Gutachten tatsächlich vernünftig ausgewertet hat; es ist ein paar Mal darauf hingewiesen worden, wie umfangreich das Material ist. Sonst wäre sie sicherlich zu anderen Ergebnissen gekommen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich denke zum Beispiel an die von Ihnen vielfach zitierten Regionalpräsidien: Die Vermischung von kommunalen und staatlichen Aufgaben ist kein einfaches Thema. Wir sind bei dieser Frage äußerst skeptisch, weil bei einer solchen Konstruktion – Kollege Becker von den Grünen hat darauf hingewiesen – die Gefahr einer Interessenkollision natürlich immer mitgedacht werden muss. Ich halte es für eine Bagatellisierung, wenn immer wieder auf den kreisangehörigen Raum und die dortigen Funktionen hingewiesen wird. Meine Damen und Herren, das ist sicherlich nicht zielführend.

Darüber hinaus möchte ich zum Grundsatz der Konnexität sagen: Natürlich sind wir alle für die Einhaltung des Konnexitätsgrundsatzes. Ich kann mir angesichts Ihres sonstigen kommunalfreundlichen Verhaltens – das ist ironisch gemeint – nicht vorstellen, dass Sie bei den Kommunen eine hervorragende Resonanz bekommen werden. Denn das wird doch sicherlich wieder nach der Melodie passieren: Wir verlagern die Aufgaben und sparen bei uns die Kosten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Svenja Schulze [SPD]: Genau! Das wird so sein!)

Heute ist vielfach von erfolgreichen Kontakten mit dem Freistaat Bayern die Rede gewesen. Fragen Sie doch die Bayern einmal, wie bei denen die Mittelbehörden aufgestellt sind. Fragen Sie einmal sehr intensiv nach, weshalb auf Bezirksregierungen so ein großer Wert gelegt wird. Beantworten Sie uns bitte die Frage, welche Vorteile die von Ihnen angestrebte Lösung den Menschen in unserem Bundesland bringt.

(Svenja Schulze [SPD]: Ja!)

Wir sind gerne dazu bereit, mit Ihnen über bestehende Strukturen zu diskutieren. Aber Sie müssten doch zumindest einen Anhaltspunkt dafür liefern, weshalb die von Ihnen angeregten neuen Strukturen denjenigen, die wir im Augenblick haben, überlegen sein sollen. Stattdessen flüchten Sie in platte Ideologie und behaupten, dass weniger Staat immer besser ist. Meine Damen und Herren, das ist eine Position – das müssen Sie uns nachsehen –, die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht mittragen können.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Holger Eilerbrock [FDP])

Es sind eben ein paar sehr freundliche Aussagen über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemacht worden. Ich bin sehr froh darüber, dass zumindest Kündigungen gleich welcher Art ausgeschlossen sind. Wenn es darum geht, den Sachverstand der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachzufragen und in Überlegungen einzubeziehen, haben Sie uns sofort auf Ihrer Seite. Was Sie dialogisch gemacht haben, sieht doch aber in etwa wie folgt aus: Sie haben Antworten vorgegeben und erlauben jetzt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dazu passenden Fragen zu konstruieren. Das kann doch nicht allen Ernstes die Bezugnahme auf die in den Behörden vorhandene Sachkompetenz sein.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Wir sehen mit großer Sorge, dass Sie offensichtlich viele Schwierigkeiten nicht richtig einschätzen. Die Bau- und Meilensteine, die uns immer vorgehalten werden, sind aus unserer Sicht zu hinterfragen, weil das alles nur den im Koalitionsvertrag festgelegten Zielen dienen soll. Das haben Sie hier eben freimütig bekannt. Diese Ziele sind nicht hinterfragt. Bei diesen Zielen gibt es keine Fragestellung in Richtung Effizienz, Qualität und Bürgernähe. Das ist alles nicht erkennbar.

(Zuruf von Svenja Schulze [SPD])

Ich habe eben, relativ kurz vor dieser Plenarsitzung, mit einem Bürger gesprochen, der aus eigenem Antrieb Unterschriften für den Erhalt der Versorgungsverwaltung gesammelt hat. Die Menschen, die diese Sonderverwaltung für sinnvoll halten und auf die Qualität dieser Verwaltung angewiesen sind, sind in heller Aufregung darüber, dass die Versorgungsverwaltung infrage gestellt wird, ohne dass Sie erklären, wohin der Zug denn gehen soll.

Ich stehe nicht an zu sagen: Sicherlich gibt es in den Kommunen qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in dem Bereich etwas leisten kön-

nen. Aber Sie von der Landesregierung sind noch den Nachweis darüber schuldig geblieben, wohin der Zug in dem Bereich fahren soll. Wir brauchen für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land eine effektive Verwaltung. Das, was Sie im Augenblick machen, ist ein bisschen wie Schwarz-Gelb im Legoland: Sie entwerfen etwas im Sandkasten und machen aus der Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen eine Art ideologischen Abenteuerspielplatz.

Meine Damen und Herren, entscheidend ist, was unter dem Strich an Effektivität, an Qualität und an Leistungsfähigkeit für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes herauskommt. Sie sind bis jetzt jede Antwort auf die vernünftigen Fragen der Opposition schuldig geblieben. – Ich bedanke mich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Körfges. – Für die CDU-Fraktion erhält das Wort die Frau Abgeordnete Fasse.

Marie-Luise Fasse (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird ein im Koalitionsvertrag vom 20. Juni 2005 festgelegtes, wesentliches Ziel erreicht werden: Weniger Staat und mehr Selbstbestimmung ist dort erklärtes Regierungsziel.

Der Umweltausschuss wird sich mit der Verwaltungsstrukturreform im besonderen Maße zu beschäftigen haben, da fast der gesamte Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen von den vorgesehenen Änderungen betroffen ist.

Insoweit ist als Kernpunkt der Reform für diesen Bereich die Errichtung der Landesanstalt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz – kurz: LANUV – als Einrichtung nach § 14 des Landesorganisationsgesetzes zu nennen. Diese neue Anstalt soll im Wesentlichen die bisherigen Aufgaben des Landesumweltamtes, der Landesanstalt für Ökologie und Bodenordnung und Forsten und Verbraucherschutzfragen des Landesamtes für Ernährungswirtschaft und Jagd übernehmen.

Insbesondere die Gewährleistung eines umfassenden Verbraucherschutzes ist uns auch für die Zukunft ein großes Anliegen. Der Staat bleibt auch künftig in der Pflicht für einen funktionierenden Verbraucherschutz. Nach dem neuen Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur werden die bisherigen hoheitlichen Verbraucherschutzaufgaben und Aufsichtsbefugnisse unserer fünf Bezirks-

regierungen in der neuen LANUV gebündelt. So wird die effektivste Überwachung, Kontrolle und Information aus einer Hand gewährleistet. Ein Team von Fachleuten wird sich darauf konzentrieren, Lebensmittelskandalen künftig einen Riegel vorzuschieben.

Soweit die Aufgaben der eben genannten Einrichtungen nicht auf die LANUV übertragen werden, nehmen die Bezirksregierungen, insbesondere die Bezirksregierung Düsseldorf, die Aufgaben der Ämter in Zukunft wahr. Die jeweiligen Dienststellen, deren Aufgaben verlagert werden, werden aufgelöst.

Die vorgesehene Übertragung der Aufgaben Waldökologie, Forsten und Jagd sowie der Projekte zur nachhaltigen Nutzung auf den Landesbetrieb Wald und Holz bündelt die Belange des Waldes in einer Hand.

Auf die Bezirksregierungen werden die Aufgaben der Ämter für Agrarordnung, der Staatlichen Umweltämter und des Staatlichen Amtes für Umwelt- und Arbeitsschutz übertragen. Die genannten Ämter werden aufgelöst.

Von der gesamten Verwaltungsstrukturreform des Gesetzentwurfs werden mehr als 4.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen. Wie er es vorhin ausgeführt hat, soll nach den Worten unseres Innenministers Dr. Wolf die Sozialverträglichkeit bei der Eingliederung der Behörden im Vordergrund stehen. Es sollen keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden.

Allerdings gilt für die Beschäftigten grundsätzlich, dass sie bei der Neugliederung ihren bisherigen Aufgaben folgen. Mit anderen Worten, meine Damen und Herren: Sie werden mit Inkrafttreten des Gesetzes auf die Behörde beziehungsweise Einrichtung übergeleitet, die ihre Aufgabe in Zukunft wahrnimmt. Dadurch kann es in Einzelfällen zu Versetzungen kommen.

Nach Informationen von Minister Uhlenberg vom 23. August 2006 bleibt zunächst der Arbeitsplatz der betroffenen Beschäftigten räumlich auch über den 01. Januar 2007 hinaus dort, wo er bisher war.

Das Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur dient allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Der Umgang mit der Verwaltung wird für alle Betroffenen – insbesondere auch für die Wirtschaft – einfacher und zeitsparender. Kosteneinsparungen durch Synergieeffekte dürften zudem die Folge der Verwaltungsstrukturreform sein.

Der uns vorliegende und in den Ausschüssen zu diskutierende Gesetzentwurf beschreitet den rich-

tigen Weg. Dem Land werden zukunftssichere und überschaubare Behördenstrukturen gegeben. In allen betroffenen Regelungsbereichen bleibt die bisherige Kompetenz bestehen und wird in Zukunft sogar noch gestärkt.

Die Verwaltungsmodernisierung führt auf den Gebieten des Umwelt- und Naturschutzes sowie des Verbraucherschutzes zu keinerlei Nachteilen. Das Gesetz wird ein Gewinn für unser Land Nordrhein-Westfalen sein. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Fasse. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jedenfalls dem fachkundigen Auditorium und auch Ihnen müsste auffallen, dass der Destruktivus der Verwaltungsreform Nordrhein-Westfalens heute nicht an der Debatte hier teilnimmt. Ich kann Ihnen auch sagen warum, weil ich es weiß: Wer nämlich Herrn Palmen im Umweltausschuss erlebt hat, und zwar sehr hautnah, der weiß, warum die Landesregierung ihn heute zu Hause gelassen hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann wüssten Sie, das Publikum hier und die Öffentlichkeit, worum es bei dieser Verwaltungsreform eigentlich geht.

(Ilka Keller [CDU]: Worum denn?)

Herr Palmen hat sehr deutlich gemacht, dass diese Verwaltungsstrukturreform von seiner Seite aus mit Schaum vorm Mund betrieben wird. Es geht um die Zerschlagung der Umweltverwaltung. Das ist rein ideologisch motiviert. Das hat Herr Palmen sehr deutlich gemacht. Schöne Worte wie „Orientierung“ und „Verwaltungsaufbau“ sollten Sie beiseite lassen und einfach ehrlich sein. Herr Palmen war so ehrlich, darzustellen, worum es eigentlich geht, nämlich um die Zerschlagung der Umweltverwaltung.

Setzen Sie sich mit den Argumenten auseinander beziehungsweise denen, die Sie immer gebrauchen, um diesen Weg zu gehen. Bis heute gibt es dazu keine entsprechenden Wortmeldungen. Sie haben bis heute nicht eingestanden, dass Ihre große These von der aufgeblasenen Umweltverwaltung nicht stimmt.

Sie hätten sie hier und heute zurücknehmen können, hätten davon Abstand nehmen können, eine solche These dauerhaft im Land zu verbreiten.

Die Umweltverwaltung ist nämlich die Verwaltung des Landes, die in den letzten Jahren am meisten Personal eingespart hat. Auch dieser Hinweis wäre ein Beitrag zur Redlichkeit in der Debatte gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es wäre auch ein Beitrag zur Redlichkeit gewesen, hier und heute klarzumachen, dass insbesondere die Umweltverwaltung und eigentlich die gesamte Landesverwaltung gemessen an der Einwohnerzahl des Landes die preiswerteste Verwaltung in der gesamten Bundesrepublik ist.

Es wäre auch redlich gewesen, einzugestehen, dass sich im Vergleich mit den Genehmigungsdauern in anderen Bundesländern die in Nordrhein-Westfalen durchaus sehen lassen können. Wir befinden uns im oberen Drittel.

Heute wäre der Zeitpunkt gewesen, mit Märchen aufzuräumen, die da lauten, die Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen sei schlecht und bürokratisch. Da Sie das nicht getan haben, zeigen Sie einmal mehr, worum es Ihnen eigentlich geht. Das muss an dieser Stelle klar benannt werden.

Ich kann verstehen, warum der Innenminister den Umweltminister heute etwas in den Arm genommen hat. Faktisch passiert nämlich eins: Es gibt demnächst keinen Umweltminister mehr in Nordrhein-Westfalen. Das ist ein Minister ohne Unterleib.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Der neue Umweltminister in Nordrhein-Westfalen wird – das sehen Sie alleine schon an den Diagrammen – der Innenminister sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da weiß man, was mit der Umwelt dieses Landes passieren wird. – Vielen Dank.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Jetzt hat das Wort für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Ellerbrock. Bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer Manfred Palmes kennt, einen Mann mit vieljähriger Erfahrung in einer Bezirksregierung und kommunalpolitischer Erfahrung vor Ort, weiß, dass Kollege Palmes ein Mann des

klaren Wortes ist, der sich eindeutig zu einer Umweltverwaltung bekennt, weiß er doch im Gegensatz zu Ihnen, Herr Rimmel, wovon er redet.

Das war einfach nur konsequent: Ziel auch dieser Verwaltungsstrukturreform ist es doch, im Umweltbereich nicht irgendwelche Standards abzusenken. Wir setzen auf ein Miteinander, eine andere Art und Weise der Durchsetzung als Sie. Wir sind davon überzeugt, dass das wesentlich effizienter und billiger geht. Denn der Staat ist nicht Eigentümer der Steuergelder, sondern er ist Treuhänder der Steuergelder und hat die Aufgabe, diese Mittel so effektiv wie möglich einzusetzen.

(Beifall von der FDP)

Herr Rimmel, Sie haben manchmal wohl nicht zugehört: Ich habe überhaupt keine Probleme damit zu sagen, dass sich die Bezirksregierungen in ihrer Leistungsfähigkeit in den letzten Jahren wesentlich verbessert und es geschafft haben, relativ kurze und vor allen Dingen rechtssichere Genehmigungen zu erteilen. Gerade die Bezirksregierung Düsseldorf mit ihrem großen industriellen Teil hat wirklich Vorbildliches geleistet.

Wir können aber noch besser werden. Deswegen begrüße ich ausdrücklich die Initiativen der Regierungspräsidenten, im Rahmen der Verwaltungsstruktur selbst Wege aufzuzeigen, die von der Landesregierung großenteils aufgenommen worden sind.

(Svenja Schulze [SPD]: Als Belohnung werden sie abgeschafft!)

Herr Körffges, Sie müssen sich entscheiden: Entweder sagen Sie, dass bei den Behörden Sachkompetenz vorhanden ist, oder sie ist nicht vorhanden. Sie haben gesagt, diese Landesregierung könne die 80 Gutachten zur Verwaltungsstrukturreform gar nicht gelesen und konkret ausgewertet haben. Die Mitarbeiter in den Ministerien sind genau die gleichen wie bei der alten Regierung.

(Zuruf von der SPD: Dieselben!)

Dass dort richtige und sorgfältige Schlüsse gezogen worden sind, ist doch selbstverständlich.

Diese Landesregierung hat ein ganz klares Konzept:

Erstens. Aufgabenüberprüfung. Daraus folgt eine Organisationsänderung. Diese Gutachten sind da. Schwarz-Gelb handelt, statt sich wie Rot-Grün hinter irgendwelchen Gutachten zu verstecken und unangenehme Entscheidungen zu vertagen.

Zweitens. Es ist kein Türschild wechseln. Sinnvolles wird jetzt sofort getan. Ich begrüße dabei ausdrücklich die Stärkung der Bezirksregierungen als Bündelungsbehörde: ein Ansprechpartner ist für Bürger und Wirtschaft da. Die Bezirksregierungen erfüllen eine Beratungsfunktion. Die Bezirksregierungen haben eine Genehmigungsfunktion und eine Aufsichtsfunktion. Dass dies in einer Hand weiter verstärkt wird, finde ich einfach gut.

Der nächste Grundsatz ist die Aufgabenüberprüfung. Wir müssen uns zuerst einmal fragen, ob die Erfüllung einer bestimmten Aufgabe überhaupt notwendig ist. Wenn wir zu dem Schluss kommen, dass sie notwendig ist, haben wir ein klares Leitbild: Wir wollen erst privatisieren und dann kommunalisieren. Was übrig bleibt, wollen wir als Landesaufgaben so effektiv wie möglich bewältigen.

Drittens. Ich habe eben schon Nein zu einer Absenkung der Umweltstandards im Bereich der Umweltverwaltung gesagt. Unser Ziel geht hin zu einer wesentlich besseren und auf Kooperation angelegten Zusammenarbeit mit Bürgern und Wirtschaft.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Holger Ellerbrock (FDP): Dann werde ich auch gleich zum Schluss kommen, Herr Präsident.

Deshalb kann ich nur sofort ja zu dieser Herkulesaufgabe sagen, die sich diese Landesregierung gestellt hat.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD] – Weitere Zurufe)

Das sind die richtigen Schritte zur richtigen Zeit.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

– Natürlich: eine Herkulesaufgabe. Das hat etwas mit der Humanisierung des Arbeitsplatzes vor Ort zu tun. Es war eine gesundheitspolitische Maßnahme, dass Sie gerade Ihre Arme gehoben haben. Das nenne ich durchaus positiv. – Schönen Dank für Ihren Beifall. Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Landesregierung hat Herr Umweltminister Uhlenberg das Wort erbeten. Bitte schön.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer diese Debatte verfolgt hat, konnte feststellen, dass es sehr unterschiedliche Töne zur Verwaltungsstrukturreform gibt.

Auf der einen Seite gab es die Vorschläge der Sozialdemokraten, aus denen man immer heraushörte: Schade, dass wir nicht mehr dabei sind, schade, dass wir eine Verwaltungsstrukturreform in Nordrhein-Westfalen jetzt nicht umsetzen wollen.

(Ralf Jäger [SPD]: Wer hat das denn gesagt?)

– Die Stellungnahmen der SPD vor Ort sind noch viel differenzierter als das, was hier vorgetragen worden ist.

Ich darf einmal einen SPD-Vorsitzenden aus dem großen und bedeutenden Kreis Soest zitieren, der gesagt hat, dass das, was die Landesregierung vorschlägt, an und für sich richtig ist. Dies gelte besonders für das Eingliedern von Sonderbehörden, etwa der Staatlichen Umweltbehörde in die Bezirksregierungen. Das wird bei Ihnen viel differenzierter diskutiert.

Bei den Grünen ist es die Fortsetzung dessen, was unter Rot-Grün nicht gelaufen ist, nämlich das Anrennen gegen jede Verwaltungsstrukturreform.

Fest steht doch, es wird ein Zaunprinzip geben. Umweltstandards werden nicht gesenkt. Es gibt keine Kündigung im Zuge einer großen Verwaltungsstrukturreform.

Und wenn Sie das Wort Landwirtschaftskammer hören, dann geschieht dies nur in Zusammenhang mit der Tierseuchenkasse. Sie bekommen jedes Mal Flimmern vor den Augen, wenn Sie etwas von der Landwirtschaftskammer hören, weil Sie meinen, das habe irgendetwas mit Landwirtschaft zu tun und sei etwas ganz Schlimmes. Nein, der Kammerdirektor ist auch Landesbeauftragter. Auch in diesem Punkt müssen Sie sicherlich noch ein bisschen hinzulernen.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Für mich als Umweltminister ist wichtig, dass Umweltstandards nicht gesenkt werden.

Das Bearbeitungsverfahren wird beschleunigt. Die Vorurteile gegen Umweltverwaltung werden abgebaut. Die Bearbeitungszeit wird kürzer.

Für den Verbraucherschutzminister ist es wichtig, dass wir die desolante Situation im Bereich der Verwaltung, die wir von Ihnen – insbesondere in den grün geführten Ministerien – geerbt haben, Schritt für Schritt verbessern werden.

Dies geschieht durch die besseren und risikoorientierten Kontrollen, durch die Neuabgrenzung der staatlichen und kommunalen Überwachungsämter, die wir in einem halben Jahr umgesetzt haben werden, durch mehr Personal, was wir auf den Weg bringen, durch eine Auditierung der Veterinärverwaltungen vor Ort sowie durch eine Auditierung der entsprechenden Betriebe. Das ist ein schlüssiges Konzept für den Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen. Von daher bringt uns auch diese Verwaltungsstrukturreform weiter.

Es kann keine Rede davon sein, dass es um Senkung der Umweltstandards geht und dies ein Ende der Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen ist. Das ist grünes Geschrei, wie wir es von Herrn Remmel kennen.

Das ist eine vernünftige Verwaltungsstrukturreform, die sich für die Umweltpolitik und die Verbraucherschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen positiv auswirken wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich schliesse die Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/2574** an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** – federführend –, an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**, den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**, den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**, den **Haushalts- und Finanzausschuss** sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – mitberatend. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen! – Gibt es Enthaltungen? – Dann haben wir dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

6 Kein Gen-Reis durch die Hintertür: Minister muss Verbraucher schützen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2582

Für die antragstellende Fraktion erhält die Abgeordnete Svenja Schulze von der SPD das Wort. Bitte schön.

Svenja Schulze (SPD): Meine Damen und Herren! Seit dem 11. September, seit das erste Mal

Genreis bei Aldi gefunden wurde, hören wir am laufenden Band von neuen Funden von Genreis. Erst heute war in den Medien zu lesen, dass auch Maggie einzelne Sachen zurückziehen musste und den Verkauf gestoppt hat, weil gentechnisch veränderter Reis gefunden wurde.

Jeden Tag taucht ein neuer Fund im Handel auf. Es ist nicht irgendein Reis, der gefunden wird. Es ist die Sorte LL601. Das ist ein Reis aus den USA. Er ist auch dort nicht zugelassen und wurde nie kommerziell angebaut.

Für Verbraucherinnen und Verbraucher ist dieser Reis bei uns im Handel niemals als gentechnisch veränderter Reis zu erkennen gewesen. Es gab keine Kennzeichnung und damit keine Wahlfreiheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Das allein ist schon ein Skandal, mit dem sich die Politik auf jeden Fall beschäftigen muss. Diesen Skandal hat aber nicht Minister Seehofer oder womöglich Minister Uhlenberg aufgedeckt. Nein, wieder einmal sind die Verbraucherinnen und Verbraucher auf Greenpeace angewiesen, statt dass sie Informationen von den zuständigen Behörden erhalten.

Gibt es in Deutschland eigentlich einen Verbraucherminister, der Transparenz schafft? Gibt es irgendjemanden in Nordrhein-Westfalen, der die Verbraucherinnen und Verbraucher bei diesem Skandal aufklärt? – Nein, den gibt es nicht.

Für Verbraucherinnen und Verbraucher gibt es hier haufenweise Fragen. Wie lange ist dieser Reis eigentlich schon im Handel? Wie konnte gentechnisch veränderter Reis überhaupt in deutsche Supermärkte gelangen? Wurde der Reis in den USA überhaupt nicht auf gentechnische Veränderungen untersucht? Die Händler in den USA müssen doch wissen, dass die Einfuhr in die EU verboten ist. Wenn der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen angeblich so sicher ist, wie konnte denn dann eine so große Menge von nicht zugelassenem Reis, der nie kommerziell angebaut wurde, in den Handel gelangen?

Die Herstellerfirma kann die Fragen nicht beantworten. Es ist möglich, dass wir schon seit fünf Jahren diesen Reis hier im Handel haben. Es ist möglich, dass das auch nur versehentlich gepflanzt wurde. Über all diese Fragen wissen wir nichts.

Minister Uhlenberg geht in dieser Frage komplett auf Tauchstation. Sehr geehrter Herr Minister, Sie müssen hier für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen Transparenz schaffen. Das ist die Aufgabe eines Verbraucherministers. Wir haben hier leider keinen.